



17. Juni 1985

Nicht an die Presse

Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der französischen Regierung über die Durchführung von Transporten zur Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft der Schweiz und Frankreichs im Falle eines internationalen bewaffneten Konfliktes oder der Gefahr eines solchen Konfliktes

Aufgrund des Antrages des EVD vom 24. Mai 1985 und der Zusatzbemerkung vom 7. Juni 1985

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird  
beschlossen

1. Die Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der französischen Regierung über die Durchführung von Transporten zur Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft der Schweiz und Frankreichs im Falle eines internationalen bewaffneten Konfliktes oder der Gefahr eines solchen Konfliktes wird genehmigt.
2. Der Direktor der Direktion für Völkerrecht, Herr Botschafter Mathias Krafft oder sein Stellvertreter, wird ermächtigt, im Namen des Bundesrates diese Vereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Vollmacht zu erstellen.
4. Die Vereinbarung ist nicht in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

## Protokollauszug an:

 ohne /  mit Beilage

IV	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
		EFD		
X		EVD	6	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	2	-
		EFK		
		Fin Del		





810.3

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Nicht an die Presse

3003 Bern, den 24. Mai 1985

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der französischen Regierung über die Durchführung von Transporten zur Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft der Schweiz und Frankreichs im Falle eines internationalen bewaffneten Konfliktes oder der Gefahr eines solchen Konfliktes

---

1 Allgemeines

- 10 Artikel 22 des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1982<sup>1)</sup> über die wirtschaftliche Landesversorgung verpflichtet den Bundesrat, die erforderlichen Massnahmen zur Sicherung ausreichender Transportmöglichkeiten und zur Offenhaltung der Transportwege im Falle einer Gefährdung der Zufuhren zu treffen.

Gemäss Artikel 13 der Verordnung vom 9. Juli 1983<sup>2)</sup> über die Organisation und Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung ist das Transportamt u.a. für die Sicherstellung des Land-, Wasser- und Lufttransportes im In- und Ausland zuständig.

- 11 Am 5. Juli 1972 und am 22. März 1979 wurden in den wesentlichen Punkten identische Transportvereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande unterzeichnet. Diese waren damals auf Artikel 15 des Kriegsvorsorgegesetzes vom 30. September 1955 abgestützt.

---

1) SR 531  
 2) SR 531.11

- 12 In den damaligen Anträgen wurde erwähnt, dass der Abschluss von Vereinbarungen gleichen oder ähnlichen Inhalts mit weiteren Staaten (übrige Rheinanlieger- und Nachbarstaaten) vorgesehen ist. Die vorliegende Vereinbarung mit Frankreich ist somit eine Fortsetzung der Bemühungen um eine Sicherung der ausländischen Transportwege für Transporte zugunsten der wirtschaftlichen Landesversorgung.

## 2 Inhalt der Vereinbarung

- 20 Die Vereinbarung bildet die Grundlage zur Sicherung von wichtigen Transporten zur Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft der beiden Staaten. Die Versorgung der Streitkräfte und Transporte von Kriegsmaterial werden davon nicht erfasst. Das Interesse der Schweiz liegt in erster Linie an der Sicherung der Schifffahrt auf dem Rhein sowie auf der Benützung französischer Seehäfen.

- 21 Die Vereinbarung muss aus Gründen des französischen innerstaatlichen Rechts auf Regierungsebene abgeschlossen werden. Auch aus der Sicht der schweizerischen Kompetenzordnung ist eine Unterzeichnung im Namen des Bundesrates angebracht.

- 22 In Artikel 1 und 7 werden die Begriffe "Internationaler bewaffneter Konflikt" und "Gefahr eines solchen Konfliktes" verwendet. Diese Begriffe umschreiben die Tatbestände, die gegenseitig von den Regierungen als erfüllt erklärt werden müssen, damit die vereinbarten Massnahmen zum Tragen kommen können.

Artikel 1 bildet den Rahmen für die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden beider Staaten bei der Vorbereitung und Durchführung von Transporten. Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Diese gilt sowohl für Transporte von einem in den anderen Staat sowie für den Transit von Gütern des einen durch den andern Staat. Die Vereinbarung berührt die jeweils zwischen den beiden Staaten geltenden Wirtschaftsvereinbarungen nicht (Absatz 1) und setzt die Uebereinstimmung der getroffenen Massnahmen mit dem internationalen und nationalen Recht voraus (Absatz 2). Die Schweiz wird nicht zu Massnahmen verpflichtet, die mit der dauernden Neutralität unvereinbar sind. Gleiches gilt für Frankreich bezüglich seine internationalen Verpflichtungen (Absatz 3).

Absatz 4 setzt die Verpflichtungen in Beziehung zum Eigenbedarf.

- 23 Artikel 2 sieht das Einrichten von Verbindungsstellen oder die Bezeichnung von Beauftragten vor, regelt die gegenseitige Information und bestimmt die zuständigen Stellen in den beiden Staaten.
- 24 Artikel 3 befasst sich mit Massnahmen, die unter erschwerten Bedingungen den Grenzübertritt für Transportgüter und Transportpersonal regeln sowie mit dem Legitimationsverfahren.
- 25 In Artikel 4 sichern sich die beiden Staaten gegenseitig zu, Transportmittel und Begleitpersonal des andern Staates grundsätzlich wie die Verkehrsmittel und das Personal des eigenen Staates zu behandeln.
- Artikel 5, Absatz 1 enthält Bestimmungen zugunsten der Schiffe unter Schweizerflagge, während Absatz 2 die gegenseitige Hilfeleistung und Absatz 3 die Voraussetzung für die ausnahmsweise Verwendung von Transportmitteln des anderen Staates regelt.
- 26 In Artikel 6 wird erklärt, dass nur im Falle unabweisbarer Notwendigkeit und nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den hierfür zuständigen Behörden oder Personen des anderen Staates Transitgüter, die für einen der beiden Staaten bestimmt sind, Bewirtschaftungsmassnahmen unterzogen werden dürfen.
- 27 In den Artikeln 7 und 8 ist die gegenseitige Konsultation sowie der Abschluss von transporttechnischen Ausführungsbestimmungen festgelegt.
- 28 Artikel 9 betrifft die Regelung von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung der Vereinbarung.
- 29 Nach Artikel 10 tritt die Vereinbarung mit der Unterzeichnung in Kraft. Wie schon mit der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden vereinbart, wurde die Kündigungsklausel auf drei Monate, also kurzfristig, festgelegt. Damit ist Gewähr geboten, dass die Verpflichtungen leicht gelöst werden können.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen bedürfen gemäss der Praxis der Bundesbehörden dann keiner Genehmigung durch die Bundesversammlung, wenn der Bundesrat von der Bundesversammlung zum Vertragsabschluss in eigener Kompetenz ermächtigt wird. Eine solche Ermächtigung kann auch in einer innerstaatlichen Gesetzesdelegation

enthalten sein, wenn zur delegierten Kompetenz Massnahmen im internationalen Bereich gehören, die nur über einen Staatsvertrag wahrgenommen werden können und sofern der Staatsvertrag dem innerstaatlichen Gesetzesrecht nicht widerspricht. Im vorliegenden Fall ist diese Bedingung dadurch erfüllt, dass der Bundesrat gestützt auf Artikel 22 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung in eigener Kompetenz die erforderlichen vorsorglichen Massnahmen zur Sicherung ausreichender Transportmöglichkeiten und zur Offenhaltung der Transportwege treffen kann. Diese Aufgabe kann im internationalen Bereich praktisch nur über Staatsverträge erfüllt werden. Der Bundesrat kann die vorliegende Vereinbarung somit in eigener Kompetenz abschliessen.

Wie dies bereits bei den Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden der Fall war, ist davon auszugehen, dass die französische Regierung von einer Veröffentlichung dieses Vertragswerkes absehen wird, was auch in unserem Interesse liegt.

Da die Vereinbarung mit Frankreich einerseits ebenfalls Bestimmungen enthält, die "im höheren Landesinteresse" liegen und andererseits sich nur an Aemter und nicht an den Bürger richtet und keine rechtsetzende Normen enthält, kann dem Wunsch der Vertragsparteien Rechnung getragen werden, dieses Abkommen vertraulich zu behandeln und somit nicht zu veröffentlichen.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, dass der Abschluss von Vereinbarungen gleichen oder ähnlichen Inhalts mit weiteren Staaten vorgesehen ist. In Betracht kommen dabei vor allem die restlichen Nachbarstaaten der Schweiz sowie Luxemburg.

### 3 Ergebnisse des kleinen Mitberichtsverfahrens

Die Bundesämter für Justiz, Verkehr und Wasserwirtschaft sowie die Direktion für Völkerrecht haben dem Antrag zugestimmt.

### 4 Unterzeichnung

Die vorliegende Vereinbarung wird auf Wunsch der französischen Regierung vom französischen Botschafter in Bern unterzeichnet. Schweizerischerseits ist der Direktor der Direktion für Völkerrecht, Herr Botschafter Mathias Krafft oder sein Stellvertreter, zu ermächtigen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Confidential

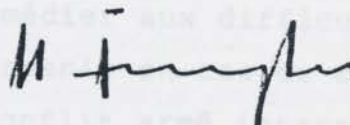
- 5 -

- 5 Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen stellen wir Ihnen folgenden

Antrag:

1. Die Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der französischen Regierung über die Durchführung von Transporten zur Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft der Schweiz und Frankreichs im Falle eines internationalen bewaffneten Konfliktes oder der Gefahr eines solchen Konfliktes wird genehmigt.
2. Der Direktor der Direktion für Völkerrecht, Herr Botschafter Mathias Krafft oder sein Stellvertreter, wird ermächtigt, im Namen des Bundesrates diese Vereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Vollmacht zu erstellen.
4. Die Vereinbarung ist nicht in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

EIDGENOESSISCHES  
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Article 1er

La présente Convention a pour but de faciliter l'exécution des transports essentiels nécessaires à l'approvisionnement des populations et aux besoins des économies suisses et locales en cas de conflit armé international ou de risque de conflit armé international. La Convention repose sur le principe de la réciprocité et concerne:

les transports qui prennent naissance sur le territoire de l'un des deux Etats et aboutissent sur le territoire de l'autre,

Beilage:

Text der Vereinbarung

Geht zur Kenntnis an:

Zentralstelle für Gesamtverteidigung

Protokollauszug an:

- Generalsekretariat EVD (3)
- Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (3)
- EDA (Direktion für Völkerrecht) (3)
- EVED (Bundesämter für Verkehr und Wasserwirtschaft) (je 3)
- Bundeskanzlei zwecks Erstellung der Vollmacht (1)

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EVED

Ergebnisse des kleinen Mitberichtsverfahrens

Die Bundesämter für Justiz, Verkehr und Wasserwirtschaft sowie die Direktion für Völkerrecht haben dem Antrag zugestimmt.

Unterzeichnung

Die vorliegende Vereinbarung wird auf Wunsch der französischen Regierung vom französischen Botschafter in Bern unterzeichnet. Schweizerischerseits ist der Direktor der Direktion für Völkerrecht, Herr Botschafter Nicolas Krafft oder sein Stellvertreter, zu ermächtigen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

ConfidentielC O N V E N T I O N

entre  
le Conseil fédéral suisse  
et  
le Gouvernement de la République française

concernant l'exécution des transports au profit des approvisionnements essentiels des populations et des économies de Suisse et de France en cas de conflit armé international ou de risques de conflit armé international.

- - -

Le Conseil fédéral suisse  
et  
le Gouvernement de la République française,

désireux de collaborer aux fins de remédier aux difficultés d'approvisionnement qui pourraient survenir en cas de conflit armé international ou de risques de conflit armé international, sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1er

1. - La présente Convention a pour but de faciliter l'exécution des transports essentiels nécessaires à l'approvisionnement des populations et aux besoins des économies suisse et française en cas de conflit armé international ou de risques de conflit armé international. La Convention repose sur le principe de la réciprocité et concerne:

- a) les transports qui prennent naissance sur le territoire de l'un des deux Etats et aboutissent sur le territoire de l'autre,



- b) ces mêmes transports transitant par un ou plusieurs Etats tiers,
- c) les transports en transit sur le territoire de l'un des deux Etats et ayant leur origine ou leur destination dans l'autre.

La présente Convention n'affecte pas les accords économiques en vigueur entre les deux Etats.

Ces transports sont qualifiés de "transports d'approvisionnement essentiels".

2. - La préparation et l'application des mesures prises en vertu de la présente Convention seront conformes au droit international applicable aux deux Etats et aux législations nationales respectives valables en la matière.

Les facilités prévues par la présente Convention seront mises en oeuvre à partir du moment arrêté d'un commun accord entre les deux Parties.

3. - La présente Convention n'oblige ni le Conseil fédéral suisse à prendre des mesures incompatibles avec le maintien de sa neutralité, ni le Gouvernement de la République française à prendre des mesures contraires à ses engagements internationaux.

4. - Dans la mesure où les engagements pris en application des articles suivants comportent une obligation de la part de l'un des deux Etats ou des deux Etats, cette obligation ne sera valable, en cas de conflit armé international ou de risques de conflit armé international, que si l'Etat concerné estime qu'il peut y donner suite sans léser ses intérêts légitimes.

#### ARTICLE 2

Pour autant que la préparation et l'application des mesures visées par la présente Convention l'exigent, le Conseil fédéral

suisse et le Gouvernement de la République française mettront sur pied des offices de liaison ou désigneront des délégués spéciaux.

Les deux parties s'informeront mutuellement sur l'organisation, les tâches et les attributions desdits offices de liaison et autres délégués.

Les mesures à prendre aux termes de l'Article 2 relèvent en tout temps, respectivement, de l'Office des transports pour l'approvisionnement économique de la Suisse, désigné ci-après par "Office des transports suisse" et du Commissariat général aux transports français.

### ARTICLE 3

1. - Si un Etat a fermé ses frontières, il autorise l'entrée et la sortie des transports d'approvisionnements essentiels au sens de l'Article 1er ci-dessus, y compris celles des personnes qui les accompagnent. Si un Etat, en cas de restrictions à la circulation sur son territoire, exige un permis spécial conformément à sa réglementation nationale, ce permis est censé être acquis pour les transports d'approvisionnements essentiels au sens de l'Article 1er.
2. - La preuve qu'il s'agit d'un transport d'approvisionnements essentiels au sens de l'Article 1er est constitué par un document accompagnant la marchandise dénommé "certificat de transport d'approvisionnements essentiels". La nomenclature des matériels et des marchandises transportés, ainsi que la liste des personnes d'accompagnement - avec désignation du responsable - doivent figurer dans ce document.
3. - Les différentes données techniques contenues dans les paragraphes 1 et 2 seront reprises et fixées - en particulier

le "certificat de transport d'approvisionnements essentiels" pour sa forme et son contenu - dans les arrangements techniques prévus dans l'Article 8.

#### ARTICLE 4

Lorsqu'un soutien des services officiels est requis en matière de ravitaillement, réparation ou tout autre besoin, les moyens de transport et leur personnel d'accompagnement de l'un des Etats reçoivent sur le territoire de l'autre le même traitement que celui que ce dernier applique à ses propres transports de même nature.

#### ARTICLE 5

1. - Les navires de commerce inscrits au Registre des navires suisses ou les navires affrétés par la Suisse au temps ou au voyage sont autorisés à toucher les ports français. Lors des opérations de chargement, de déchargement et d'avitaillement, ils jouiront du même traitement que les navires français.

2. - Lorsque le trafic se révèle totalement ou partiellement impossible par le mode de transport choisi, les autorités de l'un des Etats, à la demande des autorités de l'autre Etat, apporteront leur soutien en rendant possible l'acheminement ultérieur des marchandises par un autre mode de transport.

3. - Les moyens de transport (bateaux, véhicules routiers, wagons) relevant de l'une des Parties ne pourront être saisis ou affectés à un autre usage par l'autre Partie qu'en cas de nécessité absolue et autant que possible avec l'accord des autorités, offices de liaison ou autres délégués compétents de la première, tels qu'ils sont mentionnés à l'Article 2.

ARTICLE 6

1. - Les marchandises en transit destinées à l'un des deux Etats ne seront saisies ou affectées à un autre usage par l'Etat sur le territoire duquel elles transitent qu'en cas d'absolue nécessité et, autant que possible, avec l'accord des autorités, offices de liaisons ou autres délégués compétents de l'autre Etat, tels qu'ils sont mentionnés à l'Article 2.

2. - Lorsque, pour un motif quelconque, des marchandises en transit ne peuvent être transportées jusqu'à destination, elles ne pourront être affectées à la consommation dans l'Etat de transit qu'après entente mutuelle entre les autorités compétentes des deux Etats.

ARTICLE 7

En cas de conflit armé international ou de risques de conflit armé international, l'Office des transports suisse et le Commissariat général aux transports pour la France se concerteront en temps voulu sur l'exécution des mesures à prendre en vertu de la présente Convention.

ARTICLE 8

Dans la mesure où elles l'estiment nécessaire ou opportun, les Parties compléteront la présente Convention par des arrangements techniques entre les autorités compétentes suisses et françaises.

ARTICLE 9

Les différends concernant l'interprétation et l'application de la présente Convention seront réglés par accord direct entre les deux organismes mentionnés à l'Article 7.

ARTICLE 10

La présente Convention entre en vigueur le jour de sa signature. Elle pourra être dénoncée par notification écrite de l'une des Parties à l'autre Partie. La dénonciation prendra effet trois mois après le jour où la notification aura été reçue par l'autre Partie.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à ....., le .....

en ..... exemplaires .....

POUR LE CONSEIL FEDERAL SUISSE:      POUR LE GOUVERNEMENT DE LA  
REPUBLICQUE FRANCAISE:



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

810.3

Ne pas remettre à la presse

3003 Berne, le 7 juin 1985

Distribué

Au Conseil fédéral

**Remarques complémentaires**

sur la proposition du 24 mai 1985 relative à la convention concernant l'exécution des transports au profit des approvisionnements essentiels des populations et des économies de Suisse et de France en cas de conflit armé international ou de risques de conflit armé international

**Question 1:**

Quels sont les éventuels projets envers l'Italie et d'autres pays européens non cités dans la proposition?

**Réponse:**

En raison de la neutralité de notre pays nous devons nous limiter strictement à conclure de telles conventions avec les pays limitrophes et les Etats riverains du Rhin.

Dans cette optique, la situation actuelle se présente comme il suit (voir chiffres 11 et 29 de la proposition du 24 mai 1985):

- Des conventions ont été signées le 5 juillet 1972 avec l'Allemagne fédérale et le 22 mars 1979 avec les Pays-Bas.
- Une convention avec le Royaume de Belgique est prête à être signée (décision du Conseil fédéral du 23 janvier 1985).
- Des pourparlers sont en cours depuis 1982 avec l'Italie et depuis cette année avec le Luxembourg.

- Il est envisagé d'entamer des négociations avec l'Autriche.

**Question 2:**

Article 1 chiffre 3: Pourquoi fait-on la différence entre "maintien de la neutralité" (pour la Suisse) et "contraires à ses engagements internationaux" (pour la France)?

**Réponse:**

La Suisse est neutre, alors que la France doit respecter les obligations découlant de ses alliances, notamment face à l'OTAN dans le domaine des transports civils.

**Question 3:**

Où en est la procédure, du côté du gouvernement français?

**Réponse:**

Le Ministère des relations extérieures de la République française a fait savoir, le 29 avril 1985 à notre ambassade à Paris, que la France est disposée à signer la convention dans la teneur où elle a été présentée au Conseil fédéral le 24 mai dernier.

DEPARTEMENT FEDERAL  
DE L'ECONOMIE PUBLIQUE